



POLITIK / KOMMENTAR

Bundesrepublik Deutschland - Augen für den Machterhalt ...

(SB) - Die Akzeptanz der Angriffspläne der Türkei in Nordsyrien durch die Bundesregierung stellt einmal mehr klar, daß die Interessen der Bundesrepublik nicht mit denen seiner Bevölkerung identisch sein müssen, sofern diese eine lebenswerte und naturfreundliche Zukunft anstrebt. Da die türkischen Eroberungspläne sich ... (S. 3)

POLITIK / KOMMENTAR

Opfer - Europas Prinzipien auf dem Altar der Grenzsicherung ...

(SB) - Recep Tayyip Erdogan hat im Zuge seines Aufstiegs zum unumschränkten Machthaber in der Türkei soviel verbrannte Erde zurückgelassen, daß eine Umkehr für ihn nicht mehr möglich ist. Sein Sturz wäre zwangsläufig damit verbunden, daß er für seine Taten zur Rechenschaft ... (S. 5)

UMWELT / MEINUNGEN

Verbrauchsfortschritt - Beschaffungslast ...

(SB) - In der bolivianischen Stadt Potosí wurde ein Generalstreik ausgerufen, weil die Menschen nicht genügend an den Einnahmen aus der Lithiumförderung beteiligt, aber zugleich ... (S. 14)

Whiskey & Sugar, Premiere im Theater Die Komödianten in Kiel - im Auge der Verstorbenen ...



Kurz vor der Premiere
Foto: © 2019 by Schattenblick

**Einbildung und Erfindung
machen mehr als drei Viertel
unseres wirklichen Lebens aus.**
(Simone Weil)

(SB) 7. Oktober 2019 - Was bleibt von einem Menschen nach seinem Tod? Ein Erbe im glücklichen Fall, um das seine Nachfahren sich streiten, persönliche Gegenstände, die doch irgendwann im Müll landen, vor allem aber Erinnerungen - so vielfältig und verschieden wie ihre Urheber. Denn was ein Mensch ist oder war, bestimmen nach seinem Tod am allermeisten die Übriggebliebenen. Die Deutungshoheit über

das Leben, sollte es je in den eigenen gelegen haben, ist längst in andere Hände übergegangen, die sich weniger an den Tatsächlichkeiten, als an den eigenen Interessen an einem ganz besonderen Verhältnis zum Toten spiegeln. Je berühmter der Verstorbene war, umso lohnenswerter scheint es, die eigene Beziehung zu ihm als eine ganz einmalige aufleben zu lassen. Denn die Asche, heißt es, kann sich nicht wehren.

Solch eine Thematik in den räumlichen Rahmen einer Bühne und den zeitlichen eines Theaterabends zu bringen, stellt eine Herausforderung dar, die neugierig macht. Wer hat die Deutungshoheit über unser Leben? Können



Erinnerungen lügen und gibt es falsche Wahrheiten? Diese Fragen wirft die Einladung zu Heike Falkenberg und Marion Elskis' schwarzer Komödie *Whiskey and Sugar* auf, die am 26. September 2019 die neue Spielzeit im Theater der Komödianten in Kiel einläutete.

Nie habe sie eine Rolle so sehr mit nach Hause genommen wie hier, sagte Anke Pflutschinger, eine der Akteurinnen im 2-Personen-Stück, dem Schattenblick, und auch für ihre Partnerin auf der Bühne, Rafaela Schwarzer, ist es keine klassische Komödie, sondern ein Stück, "wo das wahre Leben mitspielt".

Zwei Frauen, die sich noch nie begegnet sind, treffen sich am offenen Grab der berühmten Schauspielerin Margot Fürstenberg. Bruno Giurini und Haiko Schöttke ist ein auf das Wesentliche konzentrierte Bühnenbild sehr gelungen. Die eine ist ihre Tochter Carolin, die zu ihrer Mutter schon lange keinen Kontakt mehr hatte, die andere, Sonja, behauptet, ihre engste Vertraute zu sein. Da sich die Beerdigung verspätet, kommen die Frauen ins Gespräch.

Whisky mit Zucker - Rafaela Schwarzer als Carolin (lks.) und Anke Pflutschinger als Sonja
Foto: © 2019 by
Thomas Eisenkrätzer

Konflikte sind vorprogrammiert bei so grundverschiedenen Charakteren im Kampf um die Zuewendung und Wertschätzung der Verstorbenen. Dabei geht es von Anfang an weniger um die Tote als um die jeweils eigenen Belange und Beschwerden, die Schwierigkeiten mit der Anfahrt zur Beerdigung etwa und daß die Urne nicht die ist, die die Tochter bestellt hat. Der Streit entzündet sich an Fragen, wie man ein Grab schmückt und ob es pietätlos ist, bereits angebrannte Kerzen aus der Arbeit im Altenheim aus Nachhaltigkeitsgründen noch einmal zu verwenden. Ob es legitim war, Margots Plüschtiere auf dem Sperrmüll zu entsorgen. Ob Carolin sich nicht um ihre Mutter gekümmert hat, wie Sonja die Tote zitiert - "liebevoll ist meine Tochter nur mit anderen" - oder ob die Mutter die Tochter zugunsten der eigenen Karriere vernachlässigte. Hat Margot einen Selbstmordversuch gemacht oder nicht? Ist sie

mit Sonja baden gegangen oder hat sie eher das Wasser gescheut?

Zwischen gegenseitiger Ablehnung und Zwist, der bis zur Androhung körperlicher Gewalt mit Spaten und Harke reicht, gibt es aber in der geteilten Unfähigkeit, das Begräbnis zu gestalten, bei *Whisky und Zucker* auch immer wieder Momente der Annäherung und Ergänzung der jeweiligen Erinnerungen.



Regisseur Christian Lugerth
Foto: © 2019 by Schattenblick

Regisseur Christian Lugerth, der aus eigenem Erleben weiß, wie unterschiedlich Geschwister den eigenen Vater (die eigene Mutter) in Erinnerung haben und welche Konflikte daraus entstehen, gefiel diese Mischung aus Komik und "wahnsinniger Traurigkeit", wie er dem Schattenblick nach der Premiere verriet. "Wenn ich und mein Bruder, da sind wir schon seit dreißig Jahren im permanenten Konflikt, versuchen, uns an unseren Vater zu erinnern, der seit ewigen Jahren nicht mehr lebt, sind das zwei komplett verschiedene Menschen, und das entzweit uns immer wieder, bis wir mal an den Punkt kommen, wo wir sagen: So, jetzt akzeptiere doch mein Bild, dann akzeptiere ich dein Bild und umgekehrt. Ich glaube, das ist normal, es ist absolut normal."

Den Schauspielerinnen Anke Pflöschinger und Rafaela Schwarzer bot das Stück jede Möglichkeit, im Wust widerstrebender Gefühle die ganze Bandbreite ihres schauspielerischen Könnens auszufahren, Wut und Witz, Trauer und Hilflosigkeit, Nachdenklichkeit und Sarkasmus, bei einer deutlich stärkeren zweiten Hälfte nach der Pause, die Rollen und Spielerinnen zunehmend ineinander aufgehen ließ.

Dialogen, die wenig zur Stringenz des Stückes beitragen. Minutenlang spielen die Protagonistinnen, Sonja in Kleid und Perücke der berühmten Mimin, eine Szene aus *Schnitt mit Herz* nach, der Serie, die Margot in der Rolle der Conny berühmt gemacht hat, und auch der Disput um das hinterlassene Geld, das in den Plüschtieren versteckt war und jetzt auf dem Müll liegt, gerät langatmig. Insgesamt bleibt die Figur der verstorbenen

POLITIK / KOMMENTAR

Bundesrepublik Deutschland - Augen für den Machterhalt ...

(SB) 7. Oktober 2019 - Die Akzeptanz der Angriffspläne der Türkei in Nordsyrien durch die Bundesregierung stellt einmal mehr klar, daß die Interessen der Bundesrepublik nicht mit denen seiner Bevölkerung identisch sein müssen, sofern diese eine lebenswerte und naturfreundliche Zukunft anstrebt. Da die türkischen Eroberungspläne sich gegen das im Norden Syriens etablierte, von der kurdischen Freiheitsbewegung initiierte Autonomiemodell Rojava richten und nach der Eroberung des Kantons Afrin bereits den zweiten Anlauf der Türkei zur Vertreibung und Vernichtung der mehrheitlich kurdische Bevölkerung darstellen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß das AKP/MHP-Regime unter Präsident Erdogan nun auf die vollständige Beseitigung Rojavas abzielt. Bei der angekündigten Besetzung eines 30 Kilometer tief nach Syrien hineinreichenden Territoriums kann von nichts anderem als einem völkerrechtswidrigen Aggressionsakt gesprochen werden.

Ob die Bundeswehr mit ihren in Jordanien stationierten Aufklärungsflugzeugen den Angriff unterstützen wird, ist zwar nicht klar, die politische Flankierung des geplanten Eroberungsfeldzuges ist jedoch gegeben, war nach der Ankündigung dieses Vorhabens durch Erdogan auf der UN-Generalversammlung doch kein Einwand aus Berlin zu vernehmen. Die routinemäßige Erklä-



Marion Elskis in Begleitung im Gespräch mit dem Schattenblick
Foto: © 2019 by Schattenblick

Das Stück von Heike Falkenberg und Marion Elskis, 2016 im Hamburger Theater im Zimmer mit den Autorinnen als Akteurinnen uraufgeführt, entstand, so Marion Elskis, die sich die Premiere bei den Komödianten nicht hatte entgehen lassen, auf dem Friedhof, wo sich die beiden immer wieder trafen, Erinnerungen und eigene Erlebnisse austauschten und dann zu Szenen zusammenschrieben.

Tatsächlich ist *Whiskey and Sugar* eher eine Aneinanderreihung von zum Teil witzigen und skurrilen Ideen, aber auch abschweifigen

Margot blass, das Stück bei großartiger spielerischer Leistung hinter den geweckten Erwartungen und den Möglichkeiten des Stoffes zurück.

Am versöhnlichen Ende steht ein Lied von Hildegard Knef - auch dies eine Hinzufügung von Christian Lugerth - "So oder so ist das Leben, so oder so ist es gut". Die Quintessenz, so der Regisseur: "Du hast nicht recht, ich hab auch nicht recht, also hast du recht, habe ich auch recht." Whisky und Zucker lassen sich eben durchaus zusammen konsumieren.

<http://www.schattenblick.de/infopool/theater/report/trpb0105.html>

rung, man zeige sich angesichts einer einseitigen Militäroperation der Türkei in Nordsyrien besorgt, weil dies zu einer weiteren Eskalation in Syrien führen könne, ist bei zugleich attestiertem Verständnis für die Sicherheitsinteressen Ankaras nicht anders denn als Plazet der Bundesregierung zu verstehen. Daß diese Stillhaltepolitik durch die Befürchtung genährt wird, andernfalls könne Erdogan die EU mit einem von der Türkei ausgehenden Flüchtlingsstrom in Bedrängnis bringen, erklärt die Haltung der Bundesregierung nur zum Teil. Schließlich besteht gerade Deutschland als größter EU-Staat auf außenpolitische Souveränität, behauptet also, nicht erpreßbar zu sein. Zudem mischt sich die Bundesregierung seit jeher auf eben jene erpresserische Weise in die politischen Verhältnisse der äußeren Peripherie der Europäischen Union ein, der sie sich selbst nicht aussetzen will.

So sind die gegen die syrische Regierung unter Präsident Assad gerichtete Politik der Bundesrepublik ebenso wie die von ihr mitgetragene Besetzung Afghanistans, die im EU- und NATO-Verband erfolgte Zerstörung Libyens und die politische Akzeptanz der Eroberung des Irak und der Isolation des Iran durch die USA mit dafür verantwortlich, daß Millionen Menschen aus schierer Überlebensnot in Richtung EU flüchten mußten. Das sogenannte Flüchtlingsproblem ist ein weitgehend aus dem eigenen Hegemonialstreben resultierendes Geschehen, dessen Regulation durch eine systematische, im Bündnis zwischen Berlin und Ankara vertiefte Flüchtlingsabwehr die dadurch freigesetzte

Menschenfeindlichkeit weiter verschärft.

Die besondere Bedeutung des bevorstehenden Angriffs der türkischen Streitkräfte auf Rojava besteht darin, daß mit ihm der Keim einer zukunftstauglichen Gesellschaftsalternative zunichte gemacht werden soll. Ihre bereits erprobte sozialökologische Praxis müßte man sich in der Bundesrepublik zum Vorbild nehmen, wenn es tatsächlich, wie behauptet, um bessere Verhältnisse für alle Menschen und die Bewältigung der Klimakrise gehen soll. Bei dem nach einem Entwurf Abdullah Öcalans konzipierten demokratischen Konföderalismus handelt es sich um ein multiethnisches Modell gesellschaftlicher Selbstorganisation, mit dem versucht wird, soziale Gleichheit, Geschlechtergerechtigkeit und einen ökologischen Umgang mit der natürlichen Lebenswelt auf eine Weise zu verwirklichen, die den geringen Möglichkeiten einer in politisch bedrängter Situation lebenden Bevölkerung mit beschränkten Versorgungsmöglichkeiten entspricht.

Selbstverständlich hinkt die Wirklichkeit stets hinter dem Ideal hinterher. Was jedoch in Rojava mit der sozialen Verwirklichung solidarischer Praxis erreicht wurde, ist schon aufgrund dessen, daß dieses Experiment inmitten einer zutiefst patriarchalen Kultur und umgeben von nationalchauvinistischen wie islamistischen Anfeindungen seit fast sieben Jahren existiert, außergewöhnlich. Zwar wurde die Verteidigung der Stadt Kobane durch die kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG/YPJ gegen

den IS weltweit beachtet und bewundert, und auch die unter erheblichen Verlusten an eigenen KämpferInnen errungenen militärischen Erfolge bei der Vertreibung des IS aus der Region sind allgemein anerkannt. Konkrete Unterstützung gegen die Aggression der Türkei hat die inzwischen als Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien um politische Anerkennung ringende Region jedoch niemals erhalten, auch wenn die militärische Präsenz der UN-Streitkräfte in diesem Gebiet, wie nun deutlich wird, lediglich befristeten Schutz bot. Dieses Zweckbündnis konnte, das war den führenden Kräften in Rojava stets klar, nur aus opportunistischen Gründen Bestand haben. Die Aktien, an denen die US-Regierung in Ankara festhält, wiegen weit mehr als die Autonomie eines Gebietes, dessen politisch linkes Selbstverständnis ohnehin auf keinen Zuspruch in Washington stößt.

So auch in Berlin, wo die Praxis, Feuer an die Lunte virulenter Konflikte am Rande der EU zu legen, die daraus resultierenden Fluchtbewegungen zur Stärkung rechter Politik zu nutzen und alle emanzipatorischen Chancen auf einen Neubeginn mit kriegerischen Mitteln zu bekämpfen, längst zu einer Konstante deutscher Außenpolitik geworden ist. Mit ihr bewahrheitet sich die These, daß eine imperialistische Hegemonialpolitik über den Zweck, den Nachschub an essentiellen Rohstoffen, den Erhalt vorteilhafter Handelsbeziehungen und den Kapitalexpert in alle Welt zu sichern, nicht zuletzt der Stabilisierung der Herrschaft im eigenen Land dient. Es läßt zudem tief ins Betriebssystem

grünkapitalistischer Politik blicken, wenn ein sozialökologisch fortschrittliches Projekt wie das Rojavas sehenden Auges der Vernichtung preisgegeben wird, während die Grenzen der eigenen, den Herausforderungen der Zukunft adäquaten

Politik eng gesteckt sind. Weder in Berlin oder Ankara noch in Washington oder Moskau will man wahrhaben, daß die Bewältigung der Klimakatastrophe tiefgreifendes Umdenken erfordert. Ein Projekt wie Rojava darf in den Augen dieser Regierun-

gen schon deshalb nicht sein, weil ihnen damit der Spiegel eigenen Versagens vorgehalten wird.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/hege1828.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Opfer - Europas Prinzipien auf dem Altar der Grenzsicherung ...

Wir schlagen die Schaffung eines 30 Kilometer breiten und 480 Kilometer langen "Friedenskorridors" vor, wo unter internationaler Beteiligung zwei Millionen syrische Flüchtlinge wieder angesiedelt werden sollen.

Recep Tayyip Erdogan vor der UN-Vollversammlung in New York [1]

(SB) 7. Oktober 2019 - Recep Tayyip Erdogan hat im Zuge seines Aufstiegs zum unumschränkten Machthaber in der Türkei soviel verbrannte Erde zurückgelassen, daß eine Umkehr für ihn nicht mehr möglich ist. Sein Sturz wäre zwangsläufig damit verbunden, daß er für seine Taten zur Rechenschaft gezogen wird. Wenn er angesichts der tiefen Wirtschaftskrise und einer erstarkenden Opposition in Bedrängnis gerät, macht ihn das um so gefährlicher. Die aktuelle Entwicklung legt nahe, daß er in der sofortigen Umsetzung langgehegter strategischer Pläne den dringend benötigten Befreiungsschlag sieht und nicht länger zögert, auf Krieg zu setzen. Dabei will er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen,

nämlich die "kurdische Frage" ein für allemal aus der Welt schaffen und zugleich Millionen syrischer Flüchtlinge loswerden, welche die Türkei aufgenommen hat. Um seinem zweifachen Ziel näherzukommen, kündigt er den Angriff auf die kurdischen Gebiete in Nordsyrien an, so daß sich die US-Truppen zurückziehen und ihre Verbündeten im Stich lassen. Zugleich hat er die Grenze zu Griechenland soweit geöffnet, daß die dortige "Flüchtlingskrise" eskaliert und die EU einer Rettung des Abkommens mit der Türkei alle anderen Themen unterordnet.

Der Plan scheint aufzugehen. Nach einem Telefongespräch zwischen Donald Trump und Recep Tayyip Erdogan sprach Washington von einem "lange geplanten Einsatz" im umkämpften Gebiet, mit dem die Türkei "bald" beginnen werde. Die USA geben der türkischen Regierung freie Hand und liefern ihre kurdischen Verbündeten dem Angriffskrieg aus. Im Falle einer türkischen Offensive würden die USA die Kurden nicht verteidigen, sagte ein

US-Vertreter nach Angaben der Agentur Reuters. Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Stephanie Grisham, erklärte, die US-Truppen würden im Grenzgebiet östlich des Euphrats den Weg für die von Ankara geforderte Sicherheitszone freimachen. Amerikanische Soldaten wären in die Operation nicht involviert, sie seien nicht länger in der unmittelbaren Umgebung vertreten.

Die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) teilten mit, daß der Abzug amerikanischer Truppen entlang der Grenze bereits begonnen habe. Im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) hatten die kurdisch geführten SDF und die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) die Hauptlast im Bodenkampf getragen. Dieses taktische Bündnis hat Washington nun beendet, wozu Grisham zynisch anmerkte, für die Kurden bedeute der türkische Einmarsch Unsicherheit. Trumps Billigung des türkischen Angriffs steht im Widerspruch zu den Empfehlungen wichtiger Berater des Präsidenten, die sich dafür ausgesprochen haben, ein kleines

Truppenkontingent in Nordostsyrien zu belassen. [2]

Nachdem Trump bereits im Dezember angekündigt hatte, er werde die US-amerikanischen Soldaten aus Syrien abziehen, schlug ihm heftige Mißbilligung entgegen. Aus Protest trat der damalige Verteidigungsminister Jim Mattis zurück. Der Präsident machte einen Rückzieher, und seit August bemühten sich die USA und die Türkei gemeinsam um die Einrichtung einer fünf Kilometer tiefen Pufferzone unter internationale Kontrolle. Diese geht auf einen Kompromißvorschlag von kurdischer Seite zurück, die einen Rückzug der YPG/YPJ aus dieser Zone wie auch einen Abzug schwerer Waffen mit einer Reichweite bis in die Türkei anbot, sofern sich Ankara zu einem Verzicht auf weitere militärische Aggression bereitkläre. Auch eine Rückkehr der Syrer sei möglich, sofern sie tatsächlich aus Gebieten in dieser Zone stammen. Keinesfalls werde man hingegen den Einsatz islamistischer Milizen in einer Pufferzone zulassen.

Darüber hinaus sah der Vorschlag eine Rückansiedlung der vertriebenen kurdischen Bevölkerung in Afrin vor, wobei die Zivilisten und Milizen, die sich mit der Einnahme Afrins durch die türkische Militäroperation "Olivenzweig" dort festgesetzt haben, das von ihnen in Besitz genommenen Wohneigentum wieder zurückgeben sollten. Willige die Türkei in diese Forderungen ein und ließe sich eine Umsetzung der Vereinbarung erkennen, könnten auch türkische Soldaten Patrouillen in der Pufferzone übernehmen, an deren Aufsicht aber auch die kur-

dische Selbstverwaltung beteiligt werden müsse. Diese Initiative wurde anfänglich umgesetzt, was aber für Erdogan nur eine kurzfristige Zwischenetappe war, die seinen Angriffsplänen nicht dauerhaft im Weg stehen durfte.

Wie Washington zudem erklärt hat, nähmen die USA keine festgenommenen IS-Kämpfer aus der Region auf Kosten der US-Steuerzahler auf. Deutschland, Frankreich und andere europäische Länder, aus denen die IS-Anhänger stammten, hätten sie auch nicht gewollt. Nun sei die Türkei für alle IS-Kämpfer zuständig, die in den vergangenen zwei Jahren auch mit Hilfe der US-Streitkräfte in der Region gefangengenommen wurden, führte das Weiße Haus aus. [3] Verteidigt die kurdische Selbstverwaltung, wie angekündigt, ihr Territorium gegen die türkische Invasion, wird eine ausreichende Sicherung von Gefängnissen und Lagern der IS-Gefangenen kaum noch möglich sein. Diese warten nur auf eine Gelegenheit, einen massenhaften Ausbruch durchzuführen, sich neu zu organisieren und ihre Schreckensherrschaft abermals zu errichten. Daher steht ein Wiedererstarken des IS mit den bekannten verheerenden Konsequenzen in Nordsyrien zu befürchten, das den jahrelangen verlustreichen Kampf der kurdischen Einheiten zunichte macht und eine erneute Massenflucht zur Folge hat.

Das Erdogan-Regime hat den Kurdinnen und Kurden im eigenen Land, in Syrien und im Nordirak einen Vernichtungskrieg angesagt, der den kurdischen Widerstand vernichten, seinen Gesellschaftsentwurf zerstören, die kurdische Kultur elimi-

nieren und die kurdische Bevölkerung im Zuge einer ethnischen Säuberung vertreiben soll. Was der Staatspräsident seit langem angekündigt hat, setzte er mit militärischen Angriffe auf die Städte im Südosten der Türkei, auf Regionen im Norden Syriens und die Stellungen der PKK im Irak um. Im Zuge der Operation "Schutzschild Euphrat" marschierten türkische Truppen 2016 in einen Korridor im Norden Syriens ein, um sich dort dauerhaft zu etablieren und einen Keil zwischen die kurdischen Kantone zu treiben. Der Angriff auf den westlichen Kanton Afrin bei der Operation "Olivenzweig" im Januar 2018 erfolgte mit Hilfe islamistischer Milizen, die dort ein grausames Regime errichtet haben. Dies unterstrich das Grundmuster der türkischen Invasion, sich solcher Milizen als Hilfstruppen zu bedienen, die auf ihrem Vormarsch die Vernichtung aller fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklungen zugunsten eines Gottesstaats repressivster Couleur garantieren.

Die in Nordsyrien angestrebte "Sicherheitszone" läuft auf eine dauerhafte Besetzung im Nachbarland und einen Austausch der Bevölkerung hinaus. Schon das Flüchtlingsabkommen mit der Europäischen Union stand aus Perspektive Ankaras nicht zuletzt im Zeichen einer Ansiedlung aus Syrien geflohener Menschen in den Kurdengebieten beiderseits der Grenze. Da inzwischen die Wirtschaftskrise in der Türkei die Ressentiments der Bevölkerung gegen syrische Flüchtlinge schürt und die Regierung zu Zwangsmaßnahmen greift, sie aus Großstädten wie Istanbul in südliche Landesteile

zu verdrängen oder sogar ihre Abschiebung nach Syrien zu erwirken, tritt dies immer deutlicher zutage. Erdogan erläuterte jüngst vor dem türkischen Parlament erneut seinen Plan, "zwei Millionen Menschen entlang einer 30 Kilometer tiefen Sicherheitszone rückzusiedeln, die im Gebiet zwischen dem Euphrat und der Grenze zum Irak geschaffen werden soll. Demnach soll eine Million Menschen in neu geschaffenen Siedlungen untergebracht werden, die andere Million in bereits bestehenden Arealen. "Wir werden eine Million Menschen in 50 Städten mit einer Einwohnerzahl von jeweils 30.000 und in 140 Dörfern mit einer Einwohnerzahl von jeweils 5.000 ansiedeln. Diese Städte und Dörfer werden mit internationaler Unterstützung gebaut. Wir haben die Vorbereitungsarbeit dazu vervollständigt und auch die geschätzten Kosten kalkuliert." [4] Diese werden mit 24,4 Milliarden Euro beziffert und sollen nach Erdogans Vorstellungen von den Europäern getragen werden.

Was der türkische Machthaber für ganz Nordsyrien vorgesehen hat, dokumentiert das Schicksal Afrins. Dieser Kanton war bis zum Einmarsch der Türkei trotz des Krieges in Syrien ein friedliches Gebiet und Zufluchtsort für Vertriebene aus anderen Teilen des Landes. Dort lebten zwischen 300.000 und 400.000 überwiegend sunnitische Kurden, aber auch Eziden, Aleviten sowie weitere nomadische kurdische Gruppen. Heute wird die Zahl der Geflüchteten in die benachbarte, von der Selbstverwaltung kontrollierte Sheba-Region auf etwa 300.000 geschätzt. Die

kurdische Bevölkerung wurde also fast vollständig vertrieben, und wer geblieben ist, lebt in ständiger Angst vor Entführung mit Erpressung von Lösegeld und Zwangssteuer der Scharia, Plünderung oder Enteignung, Vergewaltigung oder Ermordung.

Kurdische historische Denkmäler und Gebäude in der Stadt wurden zerstört, die kurdische Sprache, Kleidung und Musik ist verboten. An den Verwaltungsgebäuden hängen türkische Fahnen und Erdogans Konterfei, in den Schulen wird in Türkisch und Arabisch unterrichtet. Türkische Unternehmen sorgen für das Telefonnetz und haben zahlreiche Läden eröffnet, es gibt fast ausschließlich türkische Waren. Die Okkupationsarmee und ihre islamistischen Hilstruppen haben die Häuser der Vertriebenen den Familien der Islamisten zur Verfügung gestellt. Aus dem umkämpften Idlib wurden bereits mehr als 160.000 Menschen nach Afrin gebracht, bei denen es sich meist um Kämpfer islamistischer Milizen und ihre Familien handelt. Um den Kanton vom restlichen Syrien abzutrennen, hat die Türkei mit dem Bau einer Mauer rund um Afrin begonnen. [5]

Wenngleich die Türkei im Rahmen des Abkommens mit der EU mehr syrische Flüchtlinge als jedes andere Land aufgenommen hat, instrumentalisiert sie das Erdogan-Regime für seine eigenen Zwecke. Drei Jahre lang wurde die Grenze zu Griechenland so streng überwacht, daß es im Schnitt nicht mehr als 80 Menschen am Tag schafften, eine Insel in der östlichen Ägäis zu er-

reichen. In jüngerer Zeit kommen täglich Hunderte Flüchtlinge dort an, was Ankara zweifellos gezielt als Druckmittel einsetzt. Die katastrophalen Zustände in den Insellagern werden seit langem als eine Schande für Europa bezeichnet, nun eskalieren sie binnen kurzer Fristen auf kaum vorstellbare Weise. Erdogan hat immer wieder damit gedroht, er werde die Grenzen öffnen, sollten seine Wünsche nicht von der EU erhört werden.

Bundesinnenminister Horst Seehofer, der als erster hochrangiger deutsche Politiker in der aktuellen Situation nach Ankara gereist ist, schmierte dem Regime Honig um den Bart, um die Fortsetzung des Flüchtlingspakts sicherzustellen. Ohne die Türkei wären die Probleme mit der Migration so nicht bewältigt worden, das Land habe ganz Europa einen großen Dienst erwiesen. Die Leistung der Türkei werde in die Welthistorie eingehen, so Seehofer überschwenglich. Deutschland sei bereit, der Türkei, wo immer sie wolle, zu helfen. Dazu merkte sein türkischer Amtskollege Süleyman Soyulu an, die Türkei habe ihre Verpflichtungen erfüllt. Die EU müsse nun im Hinblick auf die zugesagte finanzielle Unterstützung ihren Teil tun. [6] Deutschland und die EU sollen weiter zahlen, für die Abschottung gegen geflohene Menschen und nun auch den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und die ethnische Säuberung in Nordsyrien. Wie weit will die Bundesregierung in Kollaboration mit dem Erdogan-Regime noch gehen, um ihn als Waffenbruder in ihren eigenen Flüchtlingskriegen vorzuschicken?

Anmerkungen:

[1] www.deutschlandfunk.de/fluechtlingspolitik-in-istanbul-per-bus-zurueck-nach-syrien.795.de.html

[2] www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-syrien-kurden-usa-1.4630003

[3] www.focus.de/politik/ausland/weisses-haus-erklaert-us-truppen-in-syrien-ziehen-sich-von-tuerkischer-grenze-zurueck_id_11213651.html

[4] www.heise.de/tp/features/Erdoğan-Wir-koennten-ploetzlich-eines-Nachts-kommen-4544889.html

[5] www.heise.de/tp/features/Von-Afrin-bis-nach-Deir-ez-Zor-Der-tuerkisch-sunnitische-Guertel-4546587.html

[6] www.deutschlandfunk.de/migration-seehofer-lobt-tuerkische-fluechtlingshilfe.1939.de.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1750.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Peru

Die Auflösung des Parlaments ändert nicht das System

*von Ollantay Itzamná**

(Lima, 1. Oktober 2019, servindi)
- Am 5. April 1992 löste der damalige Präsident Alberto Fujimori, dieser asiatische Halbgott, den diskreditierten Kongress der Republik Peru auf mit dem Argument, Peru zu demokratisieren und gegen die Korruption zu kämpfen.

Am 29. September dieses Jahres, 27 Jahre nach dem "Selbstputsch" Fujimoris [1], hat Präsident Martín Vizcarra den diskreditierten Kongress der peruanischen Republik mit gleicher oder noch größerer Unterstützung der Bevölkerung aufgelöst, mit dem gleichen Versprechen: Peru zu demokratisieren.

Was hat sich in Peru 27 Jahre nach Fujimoris Selbstputsch verändert?

Alberto Fujimori nutzte die Stimmung in der peruanischen Bevölkerung, die in ihm ihren erhofften Messias sah, um nach der Auflösung des Kongresses eine neue Verfassung des Staates auszuarbeiten und auszurufen (1993). Die Verfassung diente und dient als Statut für die Einführung des neoliberalen Systems im Andenstaat. Das geschah ohne großen Widerstand aus der Bevölkerung.

Fast drei Jahrzehnte nach Inkrafttreten dieser Verfassung ist quasi ganz Peru privatisiert. Die Korruption wurde zur zentralen Norm der öffentlichen Verwaltung. Alle ehemaligen Präsidenten des neoliberalen Perus, beginnend mit Fujimori, sind entweder inhaftiert und/oder werden wegen Korruptionsdelikten verfolgt. Expräsident García zog Selbstmord [2] dem Gefängnis vor.

Korruption wurde zur zentralen Norm

27 Jahre später hat sich das Versprechen der Demokratie (als Synonym für bürgerliche Rechte) für die großen demografischen Mehrheiten Perus nicht erfüllt. In vielen Regionen des Landes gibt es genauso viele oder mehr arme und unterernährte Haushalte wie vor 27 Jahren. Fast der gesamte peruanische Grund und Boden wurde transnationalen Unternehmen zur Ausbeutung und Plünderung überlassen. Peru trägt die Bürde von Blei, toten Flüssen, Seen und Böden, und wird diese Bürde noch lange tragen.

In 27 Jahren Neoliberalismus wurde der peruanische Staat praktisch zu einem privaten Wachschatz, der die Mitarbei-

ter*innen transnationaler Unternehmen dabei unterstützt, ungefragt in die indigenen und bäuerlichen Gebiete des Landes einzudringen und sie zu plündern.

Der Staat als neoliberaler Wachstumschutz

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in Peru in diesen drei Jahrzehnten gewachsen, aber der Staat hat kaum von diesem BIP profitiert, vielleicht gerade mal mit sieben Prozent. Der Reichtum gehört den Unternehmen, die Armut den Peruaner*innen. Das ist die schmerzhafteste Realität.

Fast drei Jahrzehnte später applaudiert Peru erneut euphorisch und gibt sich mit einem weiteren geschmacklosen Politikzirkus zufrieden: jenen Vizcarras. Er stellt das neoliberale System nicht in Frage, geschweige denn macht er einen kollektiven Vorschlag, wie ein System nach dem Neoliberalismus und nach dem korrupten und gescheiterten Staat der kreolischen Eliten aussehen könnte.

Historische Gelegenheit für eine Wende

Und so wird es Peru wie im Mythos des Sisyphos ergehen: Jahrzehnte nachdem es den Coup Vizcarras euphorisch gefeiert hat, wird sich Peru abmühen müssen, die miserablen Folgen des neoliberalen Systems und des gescheiterten zweihundert Jahre alten kreolischen Staates weiter mit sich zu tragen.

Die Ethnien und Sektoren Perus haben erneut die historische Gelegenheit, einen entscheidenden



Foto: © Servindi

Wendepunkt zu setzen. Sie sollten sich trauen, ein Peru aller Nationalitäten mit einer verfassunggebenden plurinationalen Versammlung zu denken und aufzubauen, um einen plurinationalen Staat aller Peruaner*innen zu entwerfen und aufzubauen.

Das Hauptübel der Korruption, an dem der von den kreolischen Eliten geführte peruanische Staat leidet, ist zu fortgeschritten, um es noch mit traditionellen Wahlgängen oder oberflächlichen institutionellen Reformen zu heilen. Das Land braucht einen breiten und plurinationalen Konsens, der in einer plurinationalen Verfassung festgeschrieben ist.

* Ollantay Itzamná [3] ist lateinamerikanischer Umweltschützer und Menschenrechtler

Anmerkungen:

[1] <https://www.zeit.de/1992/16/der-putsch-des-japaners>

[2] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/alan-garcia-verhaftung-suizid-korruption-peru>

[3] <https://ollantayitz-anna.com/2019/10/01/peru-vizcarras-a-27-anos-del-fujimorazo/#more-1074>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/die-aufloesung-des-parlaments-aendert-nicht-das-system/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1908.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Weitere Festnahmen im Mordfall Marielle Franco

(Montevideo, 4. Oktober 2019, *la diaria/poonal*) - Im Mordfall an der brasilianischen Aktivistin und Stadträtin Marielle Franco und ihrem Fahrer Anderson Gomes haben Polizei und Staatsanwaltschaft von Río de Janeiro am 3. Oktober vier Personen festgenommen. Sie stehen im Verdacht, Kompliz*innen des Expolizisten Ronnie Lessa zu sein, der als mutmaßlicher Täter des Attentats gilt und bereits in Haft sitzt.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur Agência Brasil [1] handelt es sich bei den Festgenommenen um die Ehefrau von Lessa, Elaine Lessa; seinen Schwager Bruno Figueiredo; Márcio Montavano, der auch als "Márcio Gordo" bekannt ist; sowie Josinaldo Lucas Freitas alias "Djaca", der auch als Kampfsportlehrer arbeitet. Ihnen wird Behinderung der Justiz, das Tragen von Waffen und Verabredung zu einer Straftat vorgeworfen.

Wie die Tageszeitung Folha de São Paulo unter Berufung auf Polizeiquellen berichtet, soll die Gruppe die Waffen versteckt haben, die Lessa und seine Mittäter bei dem Mord im März 2018 verwendet haben sollen. Nach Polizeiangaben sollen sie die Waffen im März ins Meer geworfen haben - zwei Tage, nachdem Lessa und ein weiterer Mordverdächti-

ger verhaftet worden waren. Die Kiste mit den Waffen sei auf Anordnung von Elaine Lessa nahe der Tijuca-Inseln im Westen von Río de Janeiro entsorgt worden. Zuvor hätte Montavano die Kiste aus einer Wohnung im Stadtteil Pechicha geholt und sich dann mit "Djaca" getroffen. Gemeinsam seien sie im Taxi zu einer Mole gefahren, von dort aus habe ein Boot die Waffen auf das Meer gebracht.

Verbindungen zu Bolsonaro?

Unterdessen enthüllte die Zeitschrift *Veja* [2], dass in den sozialen Netzwerken mehrere Fotos kursieren, die "Djaca" mit dem jetzigen Präsidenten Jair Bolsonaro und einem seiner Söhne zeigen, dem Ratsherr Carlos Bolsonaro. Das ist allerdings nichts Neues, denn der Präsident musste bereits im März erklären, warum er auf einem Foto zusammen mit dem Expolizisten Élcio de Queiroz zu sehen ist, der ebenfalls in Haft sitzt. Er soll das Auto gefahren haben, aus dem heraus die Schüsse auf Franco und Gomes abgegeben worden sind. Damals rechtfertigte sich Bolsonaro damit, er habe "tausende Fotos mit Polizisten aus ganz Brasilien" gemacht.

Trotz dieser Fotos geht die Ermittlungsgruppe in dem Fall nicht

von einer eventuellen Verbindung des Präsidenten zu den Morden aus.

Anmerkungen:

[1] <http://agenciabrasil.ebc.com.br/geral/noticia/2019-10/mp-rj-e-policia-civil-criticam-eventual-federalizacao-do-caso-marielle>

[2] <https://veja.abril.com.br/brasil/preso-no-caso-marielle-lutador-ja-postou-fotos-ao-lado-de-bolsonaro/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/weitere-festnahmen-im-mordfall-marielle-franco/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00294.html>

UMWELT / INTERNATIONALES / FRAGEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

"Nicht nur das Amazonasgebiet - ganz Brasilien steht in Flammen"

von Gastón Rodríguez



Feuer im Amazonasgebiet

*Foto: La Tinta (CC BY-SA 3.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>*

(Buenos Aires, 29. September 2019, tiempo argentino/desinformémonos) - David Karai Popygua ist Sprecher der indigenen Volksgruppe der Guaraní in der Provinz São Paulo im Südosten Brasiliens. "Die brasilianische Politik betreibt einen Ökozid und Genozid an den indigenen Völkern", erklärte er und beklagte einen Anstieg des illegalen Bergbaus in den indigenen Gebieten.

Der Lateinamerikanische Rat der Sozialwissenschaften CLACSO (Consejo Latinoamericano de

Ciencias Sociales) befindet sich in einem alten Herrenhaus in Buenos Aires unweit der bekannten Avenida 9 de Julio. In Kürze beginnt hier das Koordinationstreffen verschiedener Indígena-Initiativen zum Widerstand der indigenen Völker unter der Regierung Bolsonaro. Unter den Teilnehmenden sind neben den Kollektiven Identidad Marrón und Passarihno auch Vertreter*innen der Guaraní von São Paulo. Ihr Sprecher David Karai Popygua entschuldigt sich und geht einen Moment in den Hof. "Er muss den Kopf freikriegen, die Stadt macht ihn ein bißchen matt", erklärt ein Berater.

Menschenmassen scheinen Popygua hingegen wenig auszuma-

chen. Im April nutzte der Guaraní-Sprecher die Bühne des Festivals Lollapalooza Brasil, um die Verfolgung der indigenen Völker und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen anzuprangern: "Wir Indigenen stellen etwa fünf Prozent der Weltbevölkerung. Wir beschützen 82 Prozent der gesamten Biodiversität weltweit. Viele finden, das sei viel zu viel Land für eine Hand voll Indios. Dabei gibt es eigentlich zu wenige Indios, um das Leben zu schützen, damit die ganze Welt überleben kann", rief Popygua der Menge zu. Tausende Musikfans, die eigentlich nicht wegen ihm gekommen waren, brachen am Ende in zustimmenden Jubel aus. "Das war eine einzig-

artige Gelegenheit, die Leute aus der Mittelschicht und Oberschicht zu erreichen", erzählt uns der Guaraní-Sprecher, der sich mittlerweile wieder ein wenig von dem Trubel der Stadt erholt hat.

*

Wie bewertest du den Rückschritt im Hinblick auf Indígena-Politik und Umweltschutz, den die Regierung Bolsonaro mit sich gebracht hat?



Schon vor der Wahl 2018 haben die Präsidentschaftskandidat*innen ihre Vorschläge natürlich öffentlich gemacht. Bolsonaro hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass er Raubbau an den geschützten Waldgebieten betreiben werde und die Vergabe der geschützten Amazonas-Gebiete an private Investor*innen und die Ausbeutung von Arbeiter*innen und natürlichen Ressourcen plane. Wir Indígenas spüren bereits die Auswirkungen der gewalttätigen, rassistischen und homophoben Äußerungen Bolsonaros. In den Indígena-Gebieten gibt es mehr illegalen Bergbau und Holzschlag, auch die Kriminalisierung unserer

Sprecher*innen hat zugenommen. Bereits am Tag seines Regierungsantritts unterstellte er die brasilianische Indigenenbehörde FUNAI (Fundação Nacional do Índio) dem Landschaftsministerium, das von Vertreter*innen des Agrobusiness dominiert wird. Das war ein historischer Rückschritt. Die Politik Bolsonaros war von Anfang an gegen Indígena-Rechte und gegen Umweltschutz gerichtet.

"Die brasilianische Politik betreibt einen Ökozid und Genozid an den indigenen Völkern", erklärt der Guaraní-Sprecher David Karai Popygua
Foto: La Tinta (CC BY-SA 3.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>

Sind die Brände im Amazonasgebiet eine Folge dieser Politik?

Es ist ganz offensichtlich, dass die Brände von der Bergbaulobby, den illegalen Holzfällern und all denen initiiert wurden, die den maximalen Gewinn aus dem Amazonasgebiet ausschlagen wollen. In vergangenen Jahren gab es um diese Jahreszeit etwa

30 Brandherde im gesamten Amazonasgebiet. Dieses Jahr sind es über 70, also mehr als doppelt so viele. Dies ist die Folge einer Regierung, die die Natur abbrennt, um das Land an private Investor*innen zu übergeben. Die Leute merken langsam, dass es nicht nur im Amazonasgebiet brennt - ganz Brasilien steht in Flammen.

Wie kommt man aus dieser Situation wieder raus?

Die Mitgliedsstaaten der UNO müssten Brasilien des Ökozids und des Genozids an den indigenen Völkern bezichtigen. Es liegt in der Verantwortung aller sozialen Bewegungen weltweit, die Ausbeutung der Natur und durch private Investor*innen zu stoppen.

Bei Ihrem Besuch in Argentinien haben Sie sich mit argentinischen Indígena-Gruppen getroffen. Gibt es Übereinstimmungen hinsichtlich Ihrer Kämpfe und Ihres Widerstands?

Mittlerweile besteht ein reger Austausch zwischen den Indígena-Gruppen Nord- und Südamerikas und auch Afrikas. Unser Kampf um unsere Gebiete ist international geworden. Weltweit sind wir etwa 350 Millionen Indígenas, und überall wurden unsere Gebiete besetzt und ausgebeutet. Wir führen unsere Kämpfe in dem Bewusstsein, dass die Erde kein Besitz ist; man kann die Natur nicht in Wirtschaft umformen. Wir haben alle dieselben Probleme, weil die Regierungen überall den gleichen Plan verfolgen: nämlich eine Lebensgrundlage, die auf der Ausbeutung und wirtschaft-

lichen Ausnutzung unserer heiligen Gebiete basiert.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/nicht-nur-das-amazonasgebiet-ganz-brasilien-steht-in-flammen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uifr0020.html>

Kooperationspartner



UMWELT / INTERNATIONALES / WALD

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Starke Abholzung auf chilenischer Insel Chiloé

(Lima, 1. Oktober 2019, servindi)
- Wie der Fernsehsender 24 Horas Central [1] berichtet hat, ist die indigene Gemeinde Quellón der südchilenischen Insel Chiloé massiv von illegaler Abholzung betroffen. Seit vielen Jahren wird der illegale Holzschlag durch Einheimische von den Behörden toleriert. Nun aber gehe es nicht mehr nur um Selbstversorgung, sondern um systematisches Abholzen und Bereicherung, erklärte Fidel Raín, Lonko (traditioneller Anführer der indigenen Mapuche) in Weketrumao in Chiloé [2]. "Die Gemeinden haben sich zu kleinen Holzunternehmen entwickelt. Mit Existenzsicherung hat das nichts mehr zu tun", so Raín in der Reportage. Der Holzeinschlag sei vielmehr zu einem Geschäft geworden. Für den Kahlschlag macht er die Mitglieder der Gemeinde Huaipulli und ihren derzeitigen Kaziken Luis Millalonco verantwortlich.

Zu seiner Verteidigung entgegnete Millalonco: "Wir sind dabei, uns die Unterlagen zu besorgen. Wir fällen auch nicht einfach irgendwo im Wald, sondern gehen sehr gut organisiert vor."

Tatsächlich musste jedoch diesen Sommer schon die Staatsanwaltschaft der Hafenstadt Quellón in Chiloé einschreiten und Personenschutz für den Lonko Fidel Raín und seine Gemeinde durch

die örtliche Polizei anordnen, da die illegalen Holzarbeiter gegenüber der Bevölkerung mit Drohgebärden aufgetreten waren und ihren Lonko sogar festgehalten und mit dem Tode bedroht hatten.

"Intensiver, allgemeiner Entwaldungsprozess"

Nach Ansicht des Geographen Álvaro Montaña, Aktivist der Initiative zur Rettung Chiloés (Movimiento Defendamos Chiloé) kann das, was derzeit in der Gemeinde passiert, nur als "intensiver, allgemeiner Entwaldungsprozess" bezeichnet werden.

"Die Entwaldung hat viele schwerwiegende Folgen, unter anderem Bodenverlust durch Erosion, höhere Wasserknappheit im Sommer, Verlust natürlicher Arzneien", erläutert Montaña und ergänzt: "Es wird weniger Kohlenstoff gespeichert, wodurch der Kohlenstoff in die Atmosphäre gelangt, dies wiederum befeuert die weltweite Klimakrise".

Dass dieses Problem schon so lange besteht, so Montaña, sei der Passivität der Nationalen Behörde für indigene Entwicklung Conadi (Corporación Nacional de Desarrollo Indígena) und der chilenischen Forstbehörde Conaf (Corporación Nacional Forestal) geschuldet, die bis heute nicht die

UMWELT / MEINUNGEN

Einhaltung der Umweltschutzstandards in den Indígena-Gemeinden beaufsichtigt und damit das Waldgesetz und das Indigenengesetz unterlaufen hätten.

"Zwischen 1998-2013 sind in Chiloé etwa 35.000 Hektar natürlicher Wald zerstört worden. Somit handelt es sich hier um das am stärksten von Abholzung betroffene Seengebiet Chiles", so Montaña weiter.

Anmerkungen:

[1] <https://www.facebook.com/24horas.cl/videos/2426826474065613/>

[2] https://en.wikipedia.org/wiki/Chilo%C3%A9_Island

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/starke-abholzung-auf-chilenischer-insel-chiloe/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uiwa0237.html>

Verbrauchsfortschritt - Beschaffungslast ...

(SB) 7. Oktober 2019 - In der bolivianischen Stadt Potosí wurde ein Generalstreik ausgerufen, weil die Menschen nicht genügend an den Einnahmen aus der Lithiumförderung beteiligt, aber zugleich von den Umweltbelastungen des Rohstoffabbaus betroffen sind. Lithium wird in Akkus verwendet, die beispielsweise in Mobiltelefonen und in besonders großen Mengen in Elektroautos eingesetzt werden. Der Generalstreik rührt an einem gesellschaftlichen Grundwiderspruch und veranschaulicht treffend das Wesen des auf Verbrauch natürlicher Quellen - einschließlich der menschlichen Arbeitskraft - ausgerichteten Produktionsverhältnisse. Auch die grüne, vermeintlich klimafreundliche Variante des Wirtschaftens bringt ähnlich zerstörerische Resultate hervor wie die seit Beginn der Industrialisierung bevorzugte Variante, die seitdem von fossilen Energien befeuert wird.

Ein Bürgerkomitee habe für die bolivianische Stadt Potosí vom heutigen Montag an zu einem unbefristeten Generalstreik aufgerufen, berichtete der Deutschlandfunk. Zu den Forderungen der Streikenden gehören eine Veränderung der Bedingungen des Rohstoffabbaus, worüber das Bürgerkomitee mit der Regierung von Präsident Evo Morales sprechen will, und eine gerechte Beteiligung der Bevölkerung an den Erlösen. In der vergangenen Wo-

che seien in der Hauptstadt La Paz bereits zwei Aktivisten in den Hungerstreik getreten, heißt es. [1]

Der Vorsitzende des Bürgerkomitees, Marco Antonio Pumari, sagte gegenüber ANF, daß der Generalstreik schrittweise erfolge, auch die Bildungseinrichtungen und Geschäfte einschliesse, aber den Menschen genügend Zeit ließe, sich Vorräte anzulegen. [2]

Inwieweit die Bevölkerung dem Aufruf zum Generalstreik Folge leistet, war bis zum Redaktionsschluß noch offen. Der frühere Studentenführer Pumari aus Potosí hat auch in der Vergangenheit schon gegen politische Entscheidungen der sozialistischen Regierung protestiert und ihr Demokratiedefizite vorgeworfen. [3]

Der Generalstreik richtet sich direkt gegen die oberste Verordnung 3738 zur Gründung eines Joint Ventures zwischen dem bolivianischen Staatsunternehmen Yacimientos de Litio Bolivianos (YLB) und dem mittelständischen schwäbischen Unternehmen ACI Systems GmbH (ACI Systems Alemania - ACISA). Das gemeinsame Abkommen war am 7. Dezember 2018 unterzeichnet worden. ACI hatte im vergangenen Jahr die Abbaurechte von Lithium aus dem Salar de Uyuni, einem mehr als 10.000 Quadratkilometer großen Salzsee auf 3653

Meter Höhe, gegenüber einer Reihe von internationalen Mitbewerbern ergattert.

Sicherlich bietet die Politik von Evo Morales Anlaß zur Kritik, insbesondere hinsichtlich des auf Rohstoffabbau gegründeten Fortschrittsmodells, seiner Umweltfolgen und des Umgang der Regierung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen. Bei der Kommunikation zwischen Staat und den Initiativen ist noch Luft nach oben, könnte man sagen, oder, um aus der Lithium-Analyse der evangelischen Hilfsorganisation Brot für die Welt zu zitieren:

"Beklagenswert ist, dass die bolivianische Regierung schon seit Jahren den Dialog mit den Kritikern und Kritikerinnen des Projektes ablehnt. Es gibt faktisch keinen Raum für die Zivilgesellschaft, in dem Zweifel an dem nationalen Entwicklungsprojekt geäußert werden können." [4]

Aber wer Boliviens Rohstoffabbau kritisiert, müßte konsequenterweise nahezu alle Staaten der Erde kritisieren, und viele von ihnen aus sehr viel gewichtigeren Gründen. Der ehemalige Gewerkschaftsführer Morales ist seit 2006 im Amt und konnte sich so lange dort halten, weil er bei der Bevölkerung beliebt ist. Auch aus den Parlamentswahlen am 20. Oktober dürfte seine Partei Movimiento al Socialismo als Siegerin hervorgehen.

Unter Morales wurden Arbeitslosigkeit und Armut deutlich verringert, und beim aktuellen Joint Venture wird das Land nicht, wie in der Zeit vor Morales üblich, ausländischen Ressourcenräubern zum Fraß vorgeworfen. Ganz zu

schweigen von der finstersten Zeit Boliviens, der Kolonialzeit. Potosí ist ein Wahrzeichen für den mörderischen Extraktivismus der spanischen Eroberer. Über Jahrhunderte hinweg ließ das europäische Land Silber aus dem Cerro Rico von Potosí abbauen. Der Reichtum Spaniens, die vielen alten Prachtbauten, die noch heute von Millionen Touristen bestaunt werden können, wurde zu einem guten Teil mit dem geraubten Silber aus Bolivien bezahlt.

Anfangs hatte Morales Schlüsselindustrien verstaatlichen lassen, erst in den letzten Jahren nimmt er Kurs auf eine allmähliche Lockerung dieser rigiden Politik. Doch weiterhin bleibt bei Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen die Mehrheit in staatlicher Hand. So hält YLB mit 51 Prozent die Aktienmehrheit am Joint Venture.

Die Lithiumproduktion wird sich nach Einschätzung der Konrad-Adenauer-Stiftung, die in den Medien im Zusammenhang mit dem Zustandekommen des Joint Ventures genannt wird, in den nächsten zwei Jahrzehnten vervierfachen. Neben Australien wird es vor allem aus dem Lithium-Dreieck Argentinien (Salar de Hombre Muerto), Bolivien (Salar de Uyuni) und Chile (Salar de Atacama) gewonnen. [5]

Bolivien ist erst spät in die Lithiumförderung eingestiegen und hat von Anfang an nicht auf den Export des Leichtmetalls gesetzt, sondern will eine eigene Batterieproduktion aufbauen, um auf diesem Weg Endkunden aus der Automobil- und Energiegewinnungsbranche ins Land zu locken.

Auf keinen Fall aber will es am unteren Ende der Wertschöpfungskette bleiben und sich zum bloßen Rohstofflieferanten ausländischer Konzerne degradieren lassen.

In den von YLB und ACI gemeinsam entwickelten Produktionsstätten sollten zunächst jährlich 15.000 t Lithiumkarbonat, später 30.000 t hergestellt werden. Nach Angaben des deutschen Unternehmens besteht keine Wasserproblematik, wie es ansonsten bei Verdunstungsverfahren verbreitet ist. Jedenfalls behauptet ACI: "Für unsere Lithiumhydroxid-Produktion reicht das in der Restsole enthaltene Wasser. Es wird kein zusätzliches Prozesswasser benötigt. Eventuell kann Wasser aus dem Prozess zurückgewonnen und an die umliegenden Gemeinden abgegeben werden." [6]

Dennoch stellt sich die Frage, welche hydrodynamischen Prozesse in Gang gesetzt werden, wenn in riesigen Mengen "nur" Restsole aus dem Salzsee entnommen wird. Allgemein geht man bei der Lithiumproduktion davon aus, daß für die Herstellung einer Tonne dieses Metalls zwei Millionen Liter Wasser benötigt werden. Die Elektromobilität, als Weg aus der Klimakrise gepriesen, führt in die nächste ökologische Katastrophe, ohne daß die früheren Krisen behoben wären.

Anmerkungen:

[1] https://www.deutschlandfunk.de/lithium-abbau-in-potosi-proteste-gegen-deutsch.1939.de.html?drn:news_id=1056840

[2] <https://www.paginasiete.bo/sociedad/2019/10/6/potosi-inicia-la-semana-con-un-paro-indefinido-exigen-la-abrogacion-del-ds-3738-233392.html>

[3] <https://www.lostiempos.com/actualidad/pais/20180805/marco-pumari-nuestra-democracia-se-en-cuentra-retroceso>

[4] https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analyse_84_Lithium.pdf

[5] tinyurl.com/y67632ev

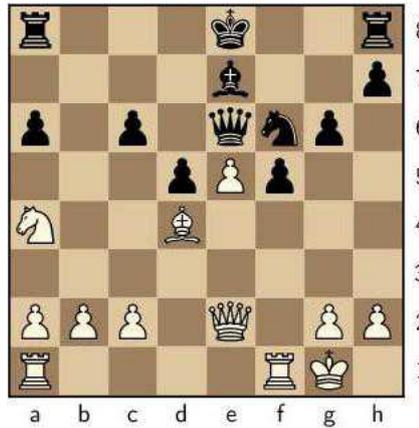
[6] <https://www.acisa.de/de/umwelt-soziales/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-312.html>

SCHACH - SPHINX

Kritik mit messerscharfem Akzent

(SB) - Siegbert Tarrasch, der Schachmeister mit dem strengen Rohrstock, ließ an den wenigsten Eröffnungen ein gutes Haar übrig. Die Spannweite der von ihm geschätzten Spielsysteme war schmal. Traf sein Tadel auf eine Eröffnungsart, die nicht seine vollste Zustimmung fand, so wählte er seine Kritik mit messerscharfem Akzent. Gegen den Königsbauernzug 1.e2- e4 ließ er nur 1...e7-e5 gelten. Alles andere war entweder minderwertig oder absurd. Sein Urteil beispielsweise über die Französische Verteidigung, die heutzutage anstandslos akzeptiert wird, lautete wie



Kuwaldin - Bertamé
Fernpartie 1981

folgt: "Erstens beherrscht Weiß und nicht Schwarz das Zentrum und dann wird - wie immer, wenn e7-e6 vor Entwicklung des Damenläufers geschieht - diese Figur eingesperrt. Diese winzigen Vorteile sind natürlich äußerst schwer zur Geltung zu bringen, aber für ganz vollwertig kann ich den Gegenzug 1...e7-e6 auf 1.e2-e4 nicht halten." Zum heutigen

Rätsel der Sphinx hätte Tarrasch sicherlich ein Lächeln parat, denn der Nachziehende behandelte den Franzosen in der Tat nicht stille, und warum er mit seinem letzten Zug ausgerechnet 1...Sg8-f6 gespielt hatte, wird wohl ein Geheimnis auf ewig bleiben, oder, Wanderer?

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Das "Elektronengewitter" im menschlichen Hirn warf die Antwort sauber und präzise aus den Sehschlitzen heraus. Der Mensch spielte 1.a4xb5! Da5xa1 2.b5-b6! Sb8-d7 3.De5-c7+ Kd8-e8 4.0-0! Da1-a5? - ein Fehler in verlorener Stellung - 5.Tf1-e1+ Lf8-e7 6.Dc7-d6 und Schwarz gab auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07051.html>

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Karel Gott, der "Sinatra des Ostens", ist im Alter von 80 Jahren in Prag gestorben

Prag - 04.10.2019. Karel Gott war der berühmteste und erfolgreichste Sänger der tschechoslowakischen Welt. Seine Lieder haben das Leben von Millionen von Menschen über mehrere Generationen hinweg begleitet. Sein Tod in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober löste tiefe Emotionen aus. Viele erinnern sich an ihn als einen Menschen, der trotz seines

großen Erfolgs immer einfach und bescheiden geblieben ist.

Seine Karriere, nicht nur als Sänger, sondern auch im Bereich Film und Fernsehen, dauerte etwa 60 Jahre. Auch außerhalb seiner Heimat war er bekannt und geschätzt, vor allem in Deutschland und Österreich sowie in Russland und den Vereinigten Staaten. In

den sozialen Medien kommentierte jemand:

"Karel Gott hat Soundtracks nicht für Filme geschrieben, sondern für unser Leben!"

Als humanistische Organisation "Welt ohne Krieg und Gewalt" hatten wir vor einigen Jahren die Möglichkeit, Karel Gott zu treffen. Unsere Wege trafen sich, als er im November 2009 den Weltmarsch für Frieden und Gewaltfreiheit unterstützte. Wir erinnern uns mit Wertschätzung und tiefer Zuneigung an ihn.

Wir drücken unsere Verbundenheit mit seiner ganzen Familie aus.

Welt ohne Kriege und Gewalt
Tschechische Republik

Übersetzung aus dem Italienischen von Pressenza München

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/fakten/mufm0294.html>

SPORT / MEINUNGEN / KOMMENTAR

Ohne Vergleich - die konkurrenzfreie Zone ...

(SB) 7. Oktober 2019 - Der olympische und paralympische Sport, der Leistung, Konkurrenz und Wettbewerb über alles stellt, wirft seine dunklen Schatten voraus. Weil bei einem vorolympischen Test in Tokio zwei Triathletinnen Händchen haltend und damit "regelwidrig" die Ziellinie überqueren, wurden sie von der Internationalen Triathlon Union (ITU) disqualifiziert. Die beiden Finisherinnen Georgia Taylor-Brown und Jessica Learmonth (beide England), die trotz der körperlichen Strapazen (1,5 km Schwimmen, 40 km Radfahren, 10 km Laufen bei hohen Temperaturen und hoher Luftfeuchtigkeit) sowie des immensen Leistungsdrucks noch zu einer der Gegnerin Respekt zollenden Geste fähig waren, wie sie im internationalen Wettkampfsport normalerweise nicht üblich ist, traf die volle Härte des Gesetzes. Wie der Dachverband auf seiner Website ausführte, haben die Läuferinnen gegen Regel 2.11.f. verstoßen, wonach "Athletinnen disqualifiziert werden, die ein künstliches Unentschieden herbeiführen und bei denen kein Bemühen sichtbar war, in unterschiedlichen Zeiten ins Ziel zu kommen". [1]

Im Wüstenstaat Katar, wo die Leichtathletik-Weltmeisterschaft bei Temperatur- und Klimaextremen stattfand, die den Hochleistungssport wie ein Feldversuch für zukunftsweisende Resilienzforschung erscheinen ließ, spielten sich ähnliche Szenen ab. Weil

im Vorlauf über 5000 m der abgeschlagene Braima Suncar Dabo (Guinea-Bissau) den völlig entkräfteten und von Krämpfen geplagten Jonathan Busby (Aruba) über die Ziellinie schleppte, wurde er vom Weltverband IAAF nachträglich disqualifiziert. Während Zuschauer und Medien eine "Geste voller Fair Play, Sportsgeist und Menschlichkeit" (Die Welt) feierten, beharrte der Weltverband auf die Gültigkeit seiner Regel 144.3, die unerlaubte Hilfe - auch unter Athleten - verbietet.

Wofür stehen also der Wettkampfsport, seine konstitutiven Regeln und gesellschaftliche Vorbildpropaganda? Laut Bundesinnen- und -sportminister Horst Seehofer (CSU) verbinde der Sport die Menschen und eine sie in ihrem Wunsch, zu siegen und das Beste zu geben. Tatsächlich aber gibt es keinen Sieger ohne Verlierer, und auch das Beste braucht das Schlechte, um sich im Vergleich zu produzieren. Die zentrale und unmißverständliche Botschaft, die in keiner Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums steht, lautet denn auch: Wer menschliche Regungen zeigt, die nicht unbedingt darauf abzielen, im sportlichen Mitstreiter einen Gegner zu sehen, den es zu besiegen oder zu distanzieren gilt, gehört bestraft. Das ist auch die Botschaft, die der Triathlon-Weltverband mit seiner Entscheidung, die siegreichen Starterinnen in Tokio zu disqualifizieren, an alle aussendet. Und das ist die

Lektion, die alle Sportlerinnen und Sportler zu lernen haben: Wer aus seiner Rolle fällt und das Trennende im Sport auch nur für Momente zu überwinden trachtet, und sei es aus einer spontanen Reaktion der Solidarität mit dem Leidensgefährten heraus, die nicht der kalten Logik des Siegenmüssens entspringt, wird im Wettkampfsport gnadenlos bekämpft - von der Politik, den Funktionären, den Trainern, den Medien, den Zuschauern, den Wettanbietern, den Zockern und nicht zuletzt den SportlerInnen selbst, die allesamt ein ideelles und/oder geschäftliches Interesse daran haben, daß die Basis des gegenseitigen Vergleichs, und mag sie noch so abstrakt und künstlich sein, nicht wegbricht.

Seit den Sklavenhaltergesellschaften der Antike hat sich das Wettkampfmodell über alle Zeitaläufe hinweg als beständige Herrschaftsform erwiesen. Während die politische Arbeitersportbewegung, in der individualistisches Konkurrenzdenken klein- und solidarischeres Handeln mit Rücksicht auf die Schwachen großgeschrieben war, an den inneren und äußeren Widersprüchen des Leistungsdarwinismus und seinen gesellschaftlichen Treibfunktionen gescheitert ist, hat sich die kapitalistische Wettbewerbsideologie zur alles vereinnahmenden und bestimmenden Größe im Sport entwickelt. Regeln und Regelwerke sind im heutzutage weitgehend kommerzialisierten und professionalisierten Sport Instrumente, um die Kommodifizierung des Leistungssubjektes und seine Einpassung in die Marktstrukturen möglichst lückenlos zu gestalten. Die Freiheit des Individuums, dem

"Chancengleichheit" oder "faire Wettkampfbedingungen" unter gleichzeitiger Ausblendung der Kontrafakten versprochen werden, liegt ausschließlich darin, daß es seine Haut in Konkurrenz zu anderen zu Markte tragen darf. Der alte Spruch "Konkurrenz belebt das Geschäft" ist zur unabweislichen Alltagsideologie geworden. Es spielt keine Rolle, ob Athleten oder Athletinnen sich dabei über kurz oder lang körperlich schädigen, eben noch Wimbledon oder die olympische Goldmedaille gewonnen haben, um kurz danach ihr Karriereende zu verkünden, weil sich aus dem maladen Körper keine Spitzenleistungen mehr herauspressen lassen und Sportärzte ans Ende ihres Therapie- und Reha-Lateins geraten sind. Die Hauptsache ist, daß der Wettbewerb, der die Bindung aller Beteiligten an einheitliche Regeln - nicht etwa an gleiche Bedingungen - voraussetzt, nicht in Frage gestellt wird.

"Dass man sich als Profisportler detailliert mit den Regularien seiner Sportart auseinander setzen sollte, haben nun auch zwei britische Triathletinnen gelernt", resümierte die Sportunterhaltung süffisant, nachdem sich die Britinnen in einem unbedachten Moment wettbewerbswidrig die Hände beim Zieleinlauf gereicht hatten. [2] "Der Spitzensport hat heute etwas Gnadenloses, weil die Athleten dem Erfolg um jeden Preis verpflichtet sind. Häufig genug entscheiden sie nicht für sich selbst, sondern unter dem Erwartungsdruck von Sponsoren, Verbandsfunktionären, Journalisten und ehrgeizigen Trainern. Darum wundert es niemanden mehr, dass Gesten der Fairness im Sport selten geworden sind oder zu einem

hohlen Ritual zu verkommen drohen", urteilte vor zehn Jahren der Diplom-Sportlehrer Matthias Wilke in seiner Doktorarbeit "Das Ende der Fairness? Ethische Werte aus dem Sport im Spiegel der Gesellschaft". [3]

Die Heilserwartung auch vieler AkademikerInnen, dem Postulat der formellen und informellen Fairness, die sich nicht selten im Widerstreit mit dem harten Regelwerk der Verbände befindet, dadurch Geltung zu verschaffen, daß die Regeln, Kontrollen und Sanktionen im Wettkampfsport immer weiter verschärft werden, hat sich nicht erfüllt. Die Kriminalisierung von Sportregelverletzungen und der vergebliche Versuch, mit nackter Repression die Geister einzufangen, die der gnadenlose, mit "epochalen" staatlichen Fördermillionen forcierte Konkurrenzkampf im Hochleistungssport überhaupt erst geschaffen hat, mündet aktuell in die Forderung des polnischen Sportpolitikers und designierten WADA-Präsidenten Witold Banka, im weltweiten Kampf gegen Doping verstärkt Geheimdienste und verdeckte Ermittler einzusetzen. [4] Worüber kein Medium berichtet, das den Law-and-Order-Sport ungeachtet seiner für demokratische Gemeinwesen verheerenden Absehbarkeiten propagiert: Der ehemalige Spitzenathlet trat 2016 der nationalkonservativen Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) bei, just zu einem Zeitpunkt, als die Regierung ein umstrittenes Überwachungsgesetz in Kraft setzte, das es Polizei und Geheimdiensten in seinem Land ermöglicht, ohne richterlichen Beschluß die gesamte Datenkommunikation aller Bürger zu sammeln und bis zu 18

Monaten abzuspeichern. Erst im nachhinein müssen Richter prüfen, ob die Ermittlungsbehörden korrekt gehandelt haben und die Daten, mit denen sich umfassende Kontakt- und Bewegungsprofile erstellen lassen, weiterhin benutzen dürfen. Bankas PiS-Partei steht außerdem bei der EU-Kommission in der Kritik, eine Justizreform in Polen durchgeführt zu haben, die auf eine Gleichschaltung der Gerichte hinausläuft, die Gewaltenteilung untergräbt und demokratische Grundwerte verletzt.

Die geheimpolizeiliche Infiltrierung und Überwachung des Sports, der seine LeistungsbringerInnen schon jetzt unter generalisierten Betrugsverdacht stellt, steht symptomatisch für sich offenen oder liberal gebende, aber zunehmend autoritärer waltende Gesellschaftsformationen, die das in Konkurrenzkämpfen verstrickte Individuum immer enger an die Kandare von Kontrolle und Überwachung legen, um die kapitaldominierte Post-Wachstumsordnung trotz aller wettbewerblichen Dysfunktionen aufrechterhalten zu können. Wenn bei Sportgroßereignissen wieder einmal nationale Zusammengehörigkeitsgefühle oder die integrativen Werte des Schneller-Höher-Weiter-Sports beschworen werden, sollte man sich angelegentlich daran erinnern, daß der Preis für den sozialen Konsens des Miteinanders in der totalen Verinnerlichung der Konkurrenzregeln liegt. Das geht buchstäblich bis ins Fleisch und wird zum Ausschlußkriterium für alle, die nicht in das tradierte Wettbewerbsraster passen. So wird von Athletinnen, deren genetische oder biologische Eigenarten sich angeblich

nicht mit den zweigeschlechtlich kodierten Konkurrenzregeln des Wettkampfsports vertragen, verlangt, sich medizinisch behandeln zu lassen. Um an internationalen Rennen teilnehmen zu können, wird beispielsweise von der südafrikanischen Läuferin Caster Semenya gefordert, ihren natürlichen Testosteronspiegel mit womöglich krebserregenden Medikamenten unter den wissenschaftlich verbürgten Grenzwert zu drücken, der für Frauenwettbewerbe als Referenzmaß angenommen wird. "Die Vorschriften, die wir einführen, dienen dem Schutz der Unantastbarkeit eines fairen und offenen Wettbewerbs", lautet die absolutistische Formel von Sebastian Coe, Präsident des Leichtathletik-Weltverbandes IAAF [4], und er kann sich des Rückhalts von Politik und Wirtschaft sicher sein, die den kapitalistischen Wettbewerb zur unumstößlichen Konstanten menschlichen Schaffensdranges erklärt haben. Sebastian Coe gehört zu den Hauptprofiteuren des kommerziellen Sports. Mit seinem Firmenkonglomerat, u.a. Chime Sports Marketing (CSM), scheffelt der englische "Lord" jedes Jahr Abermillionen auf den nationalen und internationalen Event- und Fitnessmarktplätzen. Dagegen mutet sein Vorgänger, der in Frankreich wegen Korruptionsvorwürfen festgehaltene Ex-IAAF-Chef Lamine Diack, wie der reinste Dilettant an.

Wer sich indessen erdreistet, den Konsens der Global Player anzutasten, mithin die "Unantastbarkeit" eines wie auch immer etikettierten "Wettbewerbs" bestreitet, macht sich offenbar der Todsünde verdächtig und zieht sich nicht nur die Feindschaft der Sport-

funktionäre und aller übrigen zu, die sich mit Leib und Seele dem Wettkampfsport verschrieben haben. Man bekommt es auch mit der gewohnheitsphlegmischen Wucht der Fatalisten zu tun, die da meinen, das sei eben Sport, und wer da mitmache, der müsse auch seine Regeln akzeptieren und den vollen Preis der Unterwerfung bezahlen.

Statt zu reklamieren, daß das gutbürgerliche Gerechtigkeitsideal der Fairness in einer Krise stecke oder sich Fairplay-Gesten im Sport auf dem Rückzug befänden, wie von kritischen Beobachtern des hoffnungslos überdrehten Sportzirkus immer wieder bemängelt, sollten sie lieber fragen, ob das Insistieren auf Fairness nicht das eherne Verschußstück jedweder ernstgemeinten Kritik darstellt, an den Verhältnissen zu rütteln, die als in Stein gemeißelt gelten. Das schließt die Frage mit ein, ob das gerechtigkeits-theoretische Konstrukt der Fairness als Dauerausrede und moralisch-ethischer Steigbügelhalter für fortgesetzte Konkurrenz und Wettbewerb nicht vollständig zu verwerfen sei, um emanzipatorische Schritte in Kultur und Praxis gesellschaftlichen Zusammenlebens überhaupt in Angriff nehmen zu können.

Anmerkungen:

[1] https://www.triathlon.org/news/article/duffy_wins_womens_tokyo_test_event_several_athletes_book_olympic_places. 15.08.2019.

[2] <https://www.sport1.de/triathlon/2019/08/triathlon-learnmonth-und-taylor-brown-nach-gemeinsa>

mem-zieleinlauf-bestaft.
15.08.2019.

[3] http://esport.dshs-koeln.de/312/1/Dissertation_Das_End_der_Fairness_Wilke.pdf

[4] <https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/designierter-wada-chef-will-geheimdienste-staerker-einbinden-16380415.html>. 12.09.2019.

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/meinung/spmek274.html>

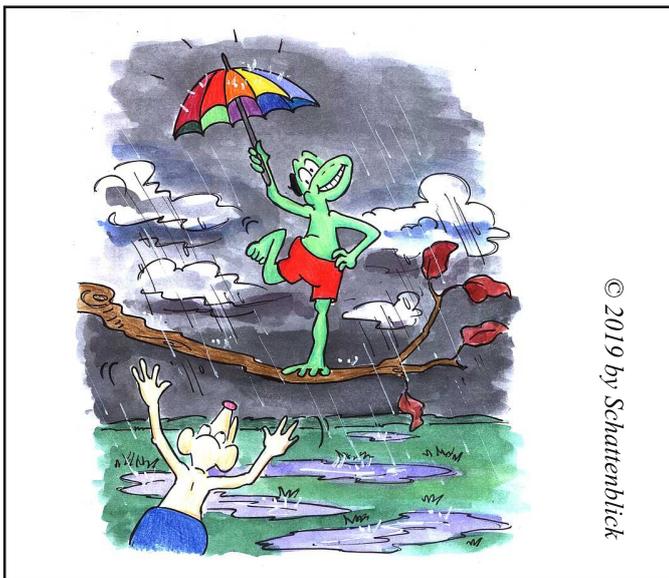
I n h a l t **Ausgabe 3045 / Dienstag, den 8. Oktober 2019**

- 1 THEATER UND TANZ - REPORT: Whiskey & Sugar, Premiere im Theater
Die Komödianten in Kiel - im Auge der Verstorbenen ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: Bundesrepublik Deutschland - Augen für den Machterhalt ...
- 5 KOMMENTAR: Opfer - Europas Prinzipien auf dem Altar der Grenzsicherung ...
- 8 AUSLAND: Peru - Die Auflösung des Parlaments ändert nicht das System (poonal)
- 10 RECHT: Brasilien - Weitere Festnahmen im Mordfall Marielle Franco (poonal)
- 11 INTERNATIONALES: David Karai Popygua - "Nicht nur das Amazonasgebiet,
ganz Brasilien steht in Flammen" (poonal)
- 13 INTERNATIONALES: Starke Abholzung auf chilenischer Insel Chiloé (poonal)
- 14 UMWELT - MEINUNGEN: Verbrauchsfortschritt - Beschaffungslast ...
- 16 SCHACH-SPHINX: Kritik mit messerscharfem Akzent
- 16 MUSIK - FAKTEN: Karel Gott, der "Sinatra des Ostens",
ist im Alter von 80 Jahren in Prag gestorben (Pressenza)
- 17 SPORT - MEINUNGEN: Ohne Vergleich - die konkurrenzfreie Zone ...
- 20 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 08. Oktober 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. Oktober 2019

Vorhersage für den 08.10.2019 bis zum 09.10.2019



Regenschauer, Wolkengrau,
Wasser rinnt und steht von unten,
da stellt Jean sich gern zur Schau
mit dem Regenschirm, dem bunten.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDSStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.